

PROTOKOLL



Zu der auf **Freitag**, den **15.03.2019**, um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Büchler, Ruth
Ergler, Volker
Frank, Elvira
Gutperle, Jürgen
Haas, Sigrid
Käser, Hannah
Kempf, Bastian
Kruhmann, Torben
Renner, Engelbert
Ringhof, Martin
Scheidel, Jörg
Schübeler, Norbert
Weiße, Tobias
Werle, Richard
Winkler, Christoph

Stv.-Vorsteher

SPD-Fraktion

Atris, Hussein
Forg, Klaudia
Häfele, Andreas
Hanf, Alicia
Hofmann, Klaus
Mayer-Kotlenga, Nina
Quarz, Klaus
Rihm, Dieter
Dr. Ritterbusch, Jörn
Schäfer, Daniel
Wohlfart, Maximilian

UBV-Fraktion

Benz, Walter
Bleiholder, Rolf
Bleiholder, Urte
Migenda-Wunderle, Rosemarie
Nordmann, Rolf
Sponagel, Irina
Dr. Stülpner, Henrik
Wunderle, Bernhard

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Haas, Bernd
Winkenbach, Manfred
Zöller-Helbig, Helga

Fraktion DIE LINKE

Burkhoff, Nils

FDP-Fraktion

Kammer, Bernhard
Jünemann, Ralf

WGV-Fraktion

Kempf, Beate
Kempf, Ralf

Entschuldigt fehlten Peter Neuß und Wolfgang Klee.

sammlung zum 01.02.2019 nachgerückt. Herr Haas übernehme den Sitz von Frau Helbig im Sozial- und Kulturausschuss.

Er sagte, dass ihn am vergangenen Dienstag die traurige Nachricht erreicht habe, dass Albert Weißenberger verstorben sei. Albert Weißenberger habe sich für seine Heimatstadt Viernheim engagiert. Er wurde am 01.01.2010 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, er war Vorsitzender der Fraktion „Die Linke“ vom 01.04.2011 bis 13.10.2011 und seit 01.04.2016 bis zu seinem Tod. In der vergangenen Wahlperiode war er vom 04.05.2011 - 31.03.2016 stellv. Stadtverordneten-Vorsteher. Albert Weißenberger brachte sich in den städtischen Gremien ein. So war er vom 02.05.2011 - 23.11.2011 Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss, seit dem 29.04.2016 war er dessen beratendes Mitglied. Er war vom 02.05.2011 bis zum 28.11.2011 Mitglied im Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen und dessen stellv. Mitglied seit dem 29.04.2016. Er war vom 02.05.2011 - 29.11.2011 stellv. Mitglied im Sozial- und Kulturausschuss, seit dem 29.04.2016 war er dessen beratendes Mitglied. Seit dem 09.06.2017 war Albert Weißenberger auch Mitglied im Planungsausschuss Rathaus. Viele Menschen dieser Stadt werden Albert Weißenberger in dankbarer Erinnerung behalten. Man werde ihn als Kollegen vermissen und ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Mit Herrn Nils Burkhoff begrüßte er als Nachrücker ein neues Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

Er informierte, dass Frau Tugce Altinalan zum 14.03.2019 ihr Mandat niedergelegt habe. Frau Altinalan war vom 01.04.2015 - 29.04.2016 Mitglied des Magistrats und vom 29.04.2016 - 14.03.2019 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Sie war vom 01.04.2016 - 14.03.2019 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Als Mitglied im Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen vom 29.04.2016 - 14.03.2019 sowie als stellv. Mitglied im Planungsausschuss Rathaus vom 09.06.2017 - 14.03.2019 hat sie sich besonders eingebracht. Frau Altinalan bleibe sachkundige Einwohnerin in der Kommission für internationale Beziehungen, ein Mandat, das sie vom 02.09.2011 - 31.03.2016 sowie seit dem 10.06.2016 wahrnehme. Er bedankte sich bei Frau Altinalan für ihre Arbeit zum Wohle der Stadt.

Die Nachfolge von Frau Altinalan wird derzeit durch den Gemeindevahlleiter geklärt.

Er wies darauf hin, dass Stve. Alicia Hanf seit 01.01.2019 stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion für Stv. Dieter Rihm sei.

Stve. Ruth Büchler sei zum 01.01.2019 neues ordentliches Mitglied im Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen für Stv. Tobias Weiße. Stv. Richard Werle werde stellvertretendes Mitglied.

- - -

TAGESORDNUNG:

1. Entwicklung der Beziehungen mit Mlawa/Polen und Abschluss einer offiziellen Städtepartnerschaft
2. Betriebskommission des Forum der Senioren
hier: Neubestimmung eines Mitglieds caritativer Organisationen
3. 24. Änderung FNP / Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ (Parallelverfahren)
 1. Beschluss des Entwurfes zur Änderung des Flächennutzungsplanes
 2. Beteiligungsbeschluss
 3. Sachstand Erarbeitung Bebauungsplanentwurf (Unterrichtung) und Beschlussfassung von Eckpunkten
4. Baulandentwicklung "Viernheim Nordwest II";
Weitere Vorgehensweise

5. Ultranet – Antrag des Netzbetreibers Amprion GmbH für den Abschnitt A – Riedstadt bis Wallstadt nach § 6 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) an die Bundesnetzagentur
Hier: Verkündung der Entscheidung durch die Bundesnetzagentur - Sachstand
6. Jahresrechnung 2017
7. Antrag der UBV-Fraktion:
Überprüfung einer Kameraüberwachung in der Tiefgarage Spitalplatz
8. Antrag der UBV-Fraktion:
Sitz der Stadt Viernheim im Vorstand des ZAKB
9. Bericht des Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses
10. Wahl des hauptamtlichen Ersten Stadtrats (m/w/d)

1. Entwicklung der Beziehungen mit Mlawa/Polen und Abschluss einer offiziellen Städtepartnerschaft

Bezug: Vorlage des Kultur- und Sportamtes vom 14.01.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Sozial- und Kulturausschusses Kruhmann berichtete, dass es bereits gegenseitige Besuche gegeben habe und es einen deutlichen Willen zu einer Städtepartnerschaft gebe. Der Ausschuss empfehle einstimmig, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Der stellv. Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Gutperle berichtete, dass der Ausschuss einstimmig empfehle, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Stv. Kruhmann sagte, dass die CDU zustimmen werde und man sich auf die Begegnungen freue. Es gebe viele Fragen, die man nur auf der europäischen Ebene lösen könne. Gemeinsam sei Europa stark, aber es reiche nicht, dies nur zu wissen, um Europa voranzubringen. Man brauche mehr Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Ein Beitrag dazu sei eine gelebte Städtepartnerschaft.

Stv. Rihm sagte, dass die SPD eine Städtepartnerschaft begrüße. Es sei nicht selbstverständlich, mit einer polnischen Stadt eine solche Partnerschaft einzugehen. Es sei besonders, dass es nach 1989 möglich geworden sei, dass Europa vereint und in Frieden lebe. Vor 80 Jahren habe der „Polen-Überfall“ stattgefunden. Bei dem Besuch in Polen habe er erfahren, dass man zur Versöhnung sehr bereit sei. Beispielsweise gebe es in der Nähe zu Mlawa einen sehr gut gepflegten deutschen Soldatenfriedhof. Man habe die Verantwortung, dass sich eine solche Katastrophe nie wieder ereigne. Im Hinblick auf die polnische Regierung, die die europäischen Werte nicht vollumfänglich akzeptiere, sagte er, dass man sich hier „von unten“ engagieren könne, um nationalistisches, egoistisches Denken abzubauen. Der Bürgermeister Mlawas stehe für die europäischen Werte ein und habe auch einen großen Rückhalt in der Bevölkerung.

Stv. Jünemann sagte, dass man sich als FDP dem Leitspruch, dass Europa keine Union der Köpfe, sondern eine Union der Herzen sei, verbunden fühle. Man habe nun eine Gemeinde gefunden, bei der die Voraussetzungen stimmen.

Stv.-Vorsteher Schübeler sagte, dass er den Stadtverordneten nur empfehlen könne, der Städtepartnerschaft zuzustimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss einer offiziellen Städtepartnerschaft mit der polnischen Stadt Mława zu und beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit der Stadt Mława die notwendigen Schritte vorzubereiten.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Bürgermeister, Kultur- und Sportamt

2. Betriebskommission des Forum der Senioren hier: Neubestimmung eines Mitglieds caritativer Organisationen

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 05.02.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Es wird beschlossen, **Frau Andrea Winkler** als Mitglied caritativer Organisationen für Herrn Björn Hörnle zu benennen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Forum der Senioren, Hauptamt

3. 24. Änderung FNP / Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ (Parallelverfahren)

1. Beschluss des Entwurfes zur Änderung des Flächennutzungsplanes

2. Beteiligungsbeschluss

3. Sachstand Erarbeitung Bebauungsplanentwurf (Unterrichtung) und Beschlussfassung von Eckpunkten

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 01.03.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Nordmann sagte, dass der Ausschuss den Beschlusstexten 1. und 2. einstimmig zugestimmt habe. Über den Beschlusspunkt 3. habe man diskutiert. Dem Antrag der SPD-Fraktion, den Anteil des Geschosswohnungsbaus auf mindestens 43 % festzuschreiben, hätten alle Fraktionen unterstützt. Bei Beschlusspunkt 3 b. habe der Ausschuss die Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Prüfauftrag, ob die notwendigen Ausgleichsflächen anderweitig nachgewiesen werden können) und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (100 % Dachbegrünung) abgelehnt, dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion, die Dachbegrünung auf den Geschosswohnungsbau zu begrenzen, zugestimmt.

Stv.-Vorsteher Schübeler wies darauf hin, dass der Beschlussvorschlag entsprechend der beschlossenen Änderungen im Ausschuss korrigiert vorliege.

Stv. Scheidel sagte, dass die Menschen sich im neuen Baugebiet sicher wohl fühlen werden, wenn es genauso lebendig werde, wie die Diskussion dazu. Eine besondere

Rolle spiele das Thema Nachhaltigkeit. Zum Thema Dachbegrünung sagte er, dass die CDU-Fraktion die Planungen nicht aufhalten wolle. Auch das Argument, man würde dadurch sozialen Wohnungsbau verhindern, könne man nicht nachvollziehen, da sich der Preis pro m² Dachfläche um lediglich 20 € -30 € verteuern werde. Dagegen habe man viele Vorteile, wie z.B. die Rückhaltung von Niederschlagswasser, verbesserte Wärmedämmung und der Schutz des Daches vor äußeren Einflüssen. Eine hundertprozentige Begrünung wolle man aber auch nicht beschließen, da man den Planern gewissen Freiheiten geben wolle. 43 % Geschosswohnungsbau halte man für verträglich. Man wolle, dass die Planungen vorangehen. Mit diesem Beschluss habe man eine gute Grundlage für ein lebendiges Wohngebiet.

Stv. Schäfer sagte, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich zustimmen werde. Die 43 % Geschosswohnungsbau seien ja bereits im Ausschuss beschlossen worden. Es müsse gelingen, den Wohnraumbedarf – auch den preisgünstigen – zu befriedigen. Deshalb sollten die Geschosswohnungsbauten auch mindestens vier Vollgeschosse haben. Zur Dachbegrünung sagte er, dass dies natürlich ein wichtiger Punkt sei. Die Baugenossenschaft habe bei Gesprächen glaubhaft versichert, dass man die Schaffung preisgünstigen Wohnraums durch diese Vorschriften zwar nicht zu nichte mache, aber erschwere. Deshalb stellte er für die SPD-Fraktion den folgenden Antrag:

3. b. Seitens der Verwaltung soll nochmals geprüft werden, ob der notwendige Ausgleich anderweitig bzw. extern erbracht werden kann.

Stv. Benz sagte, dass man einer Dachbegrünung von 0 % gerne zugestimmt hätte, wenn dadurch nicht die Gefahr bestehe, weniger Baufläche zu haben. Man wolle keine weiteren Verzögerungen, da bereits Zeitdruck herrsche. Da die optimale Ausnutzung der Bauflächen im Vordergrund stehen müsse, unterstütze man, dass mindestens 43 % Geschosswohnungen entstehen sollen. Ganz nach dem Motto: So viele Wohnungen wie möglich, so wenig Ausgleichsfläche wie nötig.

Ehrenstv. Winkenbach bat um getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte. Er betonte, dass die Grünen mit der Entwicklung des Baugebiets grundsätzlich nicht einverstanden seien, man aber dennoch mitwirken wolle. Einen Anteil von 43 % Geschosswohnungsbau halte man für sinnvoll. Eine Vorschrift zur Dachbegrünung von 100 % hätte auch dafür gesorgt, dass es keinen Streit darüber gebe, wer begrünen müsse und wer nicht. Durch die Vorgabe, die Dachbegrünung auf Geschosswohnungen zu begrenzen, werde die Baugenossenschaft nun erstmals außen vor sein, auch wenn es schade sei, dass die Baugenossenschaft Dachbegrünung tabuisiere.

Beschluss:

1. Der Entwurf der 24. Änderung des Flächennutzungsplanes wird entsprechend der beigefügten Anlage 1 beschlossen und die Begründung (Anlage 2) gebilligt.

Abstimmung: 38 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

2. Der vorliegende Entwurf der 24. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur Offenlage beschlossen. Des Weiteren sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Abstimmung: Einstimmig, 4 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

3. Um der Verwaltung die weitere Erarbeitung des Bebauungsplanentwurfs zur Offenlage ermöglichen, werden unter Bezug auf das in der Sitzung vorgestellte städtebauliche Konzept folgende Eckpunkte zur Berücksichtigung beschlossen:
- a. Der Anteil des Geschosswohnungsbaus soll min. 43% der Baufläche betragen.

Abstimmung: 38 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:**Änderungsantrag der SPD-Fraktion:**

- b. Seitens der Verwaltung soll nochmals geprüft werden, ob der notwendige Ausgleich anderweitig bzw. extern erbracht werden kann.

Abstimmung: 14 Ja-Stimme(n), 25 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

- b. Für 50% der Dachflächen wird eine verpflichtende Dachbegrünung vorgesehen. Die Festlegung „Dachbegrünung“ im Bebauungsplan wird auf den Geschosswohnungsbau begrenzt.

Abstimmung: 29 Ja-Stimme(n), 12 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

- c. Verkehrliche Erschließung: Für die Anbindung an den Michael-Ende-Weg und die Schwester-Paterna-Allee wird der Querschnitt des Bestandes aufgenommen und bis zu den Bereiche mit Geschosswohnen fortgeführt. Die Erschließung der weiteren Wohnbauflächen erfolgt durch Wohnstraßen. Diese sind als Mischverkehrsflächen auszubilden.

Abstimmung: Einstimmig, 1 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

Der Offenlagebeschluss ist gem. § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, 1. Stadtrat, BVLA

4. Baulandentwicklung "Viernheim Nordwest II"; Weitere Vorgehensweise

Bezug: Vorlage des Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamtes vom 11.02.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Nordmann berichtete, dass der Ausschuss nach den guten Erfahrungen im Schmittsberg II empfehle, hier ebenso vorzugehen. Außerdem habe sich der Ausschuss dafür ausgesprochen, zu überprüfen, wie die Flächen, die aus Abstandsgründen nicht zur Wohnbebauung geeignet sind, anderweitig genutzt werden können.

Der stellv. Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Gutperle sagte, dass der Ausschuss es ausdrücklich begrüße, dass analog dem Schmittsberg II vorgegangen werden soll. Es wurde aber kritisch angemerkt, dass ein Teil der Bebauung dem Lärmschutz dienen solle.

Stv. Scheidel sagte, dass man von einem deutlichen Bevölkerungsanstieg bis 2030 ausgehe. Man müsse die Verantwortung, entsprechenden Wohnraum zu schaffen, wahr nehmen. Die Verwaltung habe im Ausschuss bereits zugestimmt, anderweitige Nutzungen der Grundstücke innerhalb der 400-Meter-Grenze zu prüfen.

Stv. Schäfer sagte, dass sich das Kooperationsmodell bewährt habe. Man werde deshalb zustimmen.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Baulandlandentwicklung „Viernheim Nord-West II“ unter Beachtung folgender Punkte fortzuführen:
 - a) Das Verfahren soll analog der Baugebietsentwicklung „Am Schmittsberg II“ durchgeführt werden (Kooperationsmodell Stadt / Eigentümer / Erschließungsträger).
 - b) In das Baugebiet sollen lediglich die Grundstücksflächen einbezogen werden, die aufgrund der sich aus dem Lärmgutachten sowie dem Landesentwicklungsplan Hessen ergebenden Abstandsflächen zur BAB bzw. zur Hochspannungsfreileitung auch als Bauland entwickelt werden können.
 - c) Zur Feststellung des Bedarfs an öffentlichen Flächen innerhalb des Baugebiets sollen die notwendigen Gutachten erstellt bzw. vorliegende Gutachten herangezogen werden.
2. Die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer der als Bauland in Frage kommenden Grundstücksflächen soll festgestellt werden, sobald die Grunddaten gem. Ziffer 1 b) und 1 c) vorliegen.

Abstimmung: Einstimmig, 4 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: BVLA, ASU

**5. Ultramet – Antrag des Netzbetreibers Amprion GmbH für den Abschnitt A – Riedstadt bis Wallstadt nach § 6 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) an die Bundesnetzagentur
 Hier: Verkündung der Entscheidung durch die Bundesnetzagentur - Sachstand**

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 12.02.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Nordmann berichtete, dass der Ausschuss über den Sachverhalt informiert wurde.

Auszug: ASU, 1. Stadtrat, Bürgermeister

6. Jahresrechnung 2017

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 21.02.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der stellv. Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Gutperle sagte, dass der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis genommen habe.

Auszug: Kämmereiamt

7. Antrag der UBV-Fraktion:

Überprüfung einer Kameraüberwachung in der Tiefgarage Spitalplatz

Bezug: Antrag der UBV-Fraktion vom 04.03.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Stv. Benz begründete den Antrag. Man sei sich der rechtlichen Problematik bewusst. Die Zustände der Tiefgarage müsse am Ende von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden. In Abänderung des ursprünglichen Antragstextes wolle man nun die Verwaltung beauftragen, eine nächtliche Videoüberwachung im Innenbereich zu prüfen. Die Aufnahmen sollen nur angeschaut werden, falls etwas passiert und nach einer gewissen Zeit wieder gelöscht werden.

Stv. Büchler sagte, dass man die Tiefgarage gerade erst für viel Geld saniert habe. Nun komme es immer wieder zu Vandalismus. Man werde dem Prüfauftrag deshalb zustimmen.

Stv. Zöller-Helbig sagte, dass die Darstellung übertrieben sei. Tiefgaragen seien insbesondere bei Nacht Angsträume. Die Prüfung, ob die Kosten in einem Verhältnis zum Nutzen stehen, sei angebracht, da z.B. völlig offen sei, wie viele Kameras man benötige, um alle Ecken zu erfassen.

Stv. Jünemann sagte, dass man eine Videoüberwachung für rechtlich nicht zulässig halte. Der Vandalismus und die notwendigen Steuergelder lasse einen aber nicht kalt. Er beantragte deshalb eine generelle Prüfung, wie man die Tiefgarage vor Vandalismus schützen könne.

Bürgermeister Baaß schlug vor, Prüfergebnisse dem zuständigen Ausschuss vorzulegen.

Beschluss:

Der Antrag wird in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Ordnungsamt, Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamt, 1. Stadtrat, Bürgermeister

8. Antrag der UBV-Fraktion:

Sitz der Stadt Viernheim im Verbandsvorstand des ZAKB

Bezug: Antrag der UBV-Fraktion vom 26.02.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Stv. Benz sagte, dass Viernheim eine der größten Mitgliedsgemeinden im ZAKB sei, aber keinen Sitz im Vorstand habe. Es sei wichtig, dass Viernheim Einfluss darauf nehme, was der Verbandsversammlung vorgelegt werde. Er verwies auf den vorliegenden geänderten Antrag.

Stv. Kammer begrüßte den Antrag. Der FDP-Vertreter des Kreises Bergstraße würde es sehr begrüßen, wenn Viernheim einen Sitz im Vorstand erhalten würde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung befürwortet die angemessene Vertretung der Stadt Viernheim in den Gremien des ZAKB einschließlich des Vorstandes.

Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Verfahren hierzu abzuklären.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 42 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt, BVLA

Der anwesende Bewerber für den Posten des 1. Stadtrats Bastian Kempf verließ den Sitzungssaal.

9. Bericht des Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses

Der Vorsitzende des Wahlvorbereitungsausschusses Dr. Ritterbusch gab folgenden Bericht ab:

„1. Ausschussarbeit

Die Stadtverordnetenversammlung setzte bekanntlich gem. § 42 Abs. 2 HGO den Haupt- und Finanzausschuss als Wahlvorbereitungsausschuss ein. Dieser bestand daher aus 11 Personen (4 Stadtverordnete der CDU, 3 Stadtverordnete der SPD, 2 der UBV, je 1 von Bündnis 90/Grüne bzw. 1 der FDP-Fraktion). Teilnahme-, aber nicht stimmberechtigt waren je 1 Vertreter der WGV- und der DIE LINKE-Fraktion.

Der Ausschuss tagt von Gesetzes wegen immer nichtöffentlich.

Drei Ausschusssitzungen fanden statt: am 22.11.2018, 24.01. und 21.02.2019. Eine weitere Sitzung wurde vorsorglich für heute terminiert, falls aus den Reihen der Stadtverordneten sogleich noch weitere Personen zur Wahl vorgeschlagen werden sollten.

2. Anzeigenerfolg

Aufgrund der vom Ausschuss beschlossenen Zeitungsanzeigen in der Mannheimer-Morgen-Gruppe sowie der Anzeigen auf der städtischen Homepage und in dem größten Internetportal für den Öffentlichen Dienst, INTERAMT, sind bis -zum mehrheitlich beschlossenen- Fristende 5. Januar eingegangen: 10 Bewerbungen.

1 Bewerbung ging erst in der Nacht vom 5. auf den 6. Januar –also leicht verspätet- ein.

Allgemeine Anmerkung vorab:

- Wiederum leider keine Bewerbung einer Frau.*
- 2 Bewerber sind Viernheimer, die übrigen 9 verbliebenen stammen aus der gesamten Bundesrepublik.*
- Zwischenzeitlich wurden 7 Bewerbungen zurückgezogen.*

- Alle Bewerber besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Keine sonstigen EU-Bürger.

3. Stellenprofil

Formelle und inhaltliche Auswahlkriterien waren in der Stellenausschreibung (siehe Zeitungsanzeigen) festgelegt:

Formell: 1. Bewerbungsfrist 5.1.2019 (Poststempel)

2. Lebenslauf
3. Lichtbild
4. Zeugnisabschriften
5. Lückenlose Tätigkeitsnachweise
6. Evtl. Referenzen

Inhaltlich: 1. Mindestens 18 Jahre alt

2. idealerweise Kenntnisse auf Gebiet Kommunalverwaltung und –politik
3. Entsprechende praktische Erfahrungen
4. Einsatzbereitschaft
4. Wirtschaftliches Verständnis
5. Sozialkompetenz
6. Kommunikationsstärke
7. Führungsfähigkeit
8. Organisationstalent
7. Vorantreiben nachhaltiger Stadtentwicklung
8. Aktives Fördern und Umsetzen des Prinzips „Bürgerkommune“
9. Besondere Bürgerorientierung

4. Kurzanalyse der Bewerbungen:

Zwischenzeitlich haben 7 der 11 Kandidaten ihre Bewerbung zurückgezogen.

Die Daten der örtlichen Bewerber Bastian Kempf (derzeit Viernheimer Ausschussvorsitzender) und Wolfram Theymann sind der Gemeindevertretung bekannt, da sie sich frühzeitig schon selbst ausführlich in der Lokalpresse vorgestellt haben.

→ Über die noch aktuellen Bewerber ist daher zu berichten:

- Vitalij **Tymofeyev**, 26 Jahre, ledig aus Frankfurt

- Abitur
- Studium der Musikwissenschaft + Philosophie (2014 – Herbst 2018 mit Abschluss: Bachelor of Arts)
- seither Praktika in Musiktherapie sowie bei BMW-Händler

- Polizeidirektor Matthias **Bollenbach** (Diplom-Verwaltungswirt (FH), 54 Jahre, ledig aus Neustadt/Weinstraße

- Abitur
- 1984 – 1986 Ausbildung im Mittleren Polizeidienst, sodann bis 2000 Aufstiegsweiterbildung in den Gehobenen und Höheren Polizeivollzugsdienst
- 2006 – 2008 neben Berufstätigkeit Masterstudium Kriminologie + Polizeiwissenschaften an Uni Bochum (mit Abschluss M.A.)
- Truppführer Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz,
- ab 1994 Thüringen (Lehrkraft am Fortbildungsinstitut der Polizei, Leitung der Polizeiinspektion in Suhl bzw. Saalfeld, Lehrkraft am Thüringer Polizeibildungsinstitut, Innenministerium Thüringen sowie Landespolizeidirektion)

- Wolfram **Theymann**, 52 Jahre aus Viernheim

- Fachhochschulreife
- 1987 - 1989 Lehre als Zimmermann (mit Gesellenprüfung)
- 1989 - 1993 Studium der Sozialpädagogik an der FH Darmstadt (Abschluss: Diplom)
- 1993 – 1995 Studium der Erziehungswissenschaften an Uni Landau (Abschluss: Diplom)
- Berufstätigkeit: zunächst beim Bildungswerk der hessischen Wirtschaft/Darmstadt, dann beim REFA-Verband in Mannheim;
- Ab 1994 – 2008 Gründer + Berater des uns allen bekannten IfaB/Viernheim,
- Ab 2009 eigene Unternehmensberatung
- Ab 2014 – 2017 Personalberatung CAIRO AG/Mannheim
- -Engagement bei der IHK, Wirtschaftsunioren u.ä.

- Angestellter Bastian **Kempf**, 38 Jahre, ledig aus Viernheim

- Abitur
- 2001 – 2008 Jurastudium + Studium der Wirtschaftswissenschaften (ohne Abschluss)
- Angestelltentätigkeit im Kinopolis Rhein-Neckar-Zentrum
- 6/2012 – 1/2014 Mitarbeiter MdL Bauer/Hess. Landtagsabgeordneter
- seit 4/2006 Stadtverordneter Viernheim (ab 9/2011 Fraktionsvorsitzender, ab 4/2016 Vorsitzender Bau- und Planungsausschuss)

5. Vorgehen des Wahlvorbereitungsausschusses

Nach Bewerbungsende erstellten wir ein ausführliches „Röntgenbild“ für jeden Bewerber anhand der von ihm vorgelegten Unterlagen. Die Bewerbungsunterlagen im Original lagen in unseren Sitzungen im Januar und Februar vor.

Es wurde den Ausschussmitgliedern zudem Gelegenheit zur nochmaligen Einsichtnahme „in aller Ruhe“ gegeben. Dies wurde wahrgenommen.

Die Fraktionen erhielten die Kontaktdaten aller Kandidaten und damit die Möglichkeit zu Vorabgesprächen.

Die notwendige Vertraulichkeit der Bewerbungen, teils von Kandidaten nochmals ausdrücklich gewünscht, hat der Ausschuss erfolgreich bis heute gewahrt.

Die heutige Wahlempfehlung des Ausschusses an die Stadtverordnetenversammlung richtet sich nach den Kriterien „Eignung, Befähigung und fachliche Leistung“.

Zur Eignung gehört auch die „gesundheitliche Eignung“, die ein Kandidat selbst offen in der Lokalpresse thematisiert hatte. Dem Ausschuss wurde versichert, dass diese bei ihm vorliege.

Der am 21.02.2019 einmütig gefasste Beschluss des Wahlvorbereitungsausschusses lautet nun (nach dem Rückzug des zweiten in Frage kommenden Bewerbers):

Aus dem Kreis der eingegangenen Bewerbungen hält der Ausschuss den Bewerber Bastian Kempf für geeignet, um sie der Stadtverordnetenversammlung zur heutigen Wahl des Ersten Stadtrats zu stellen.

6. Abschließend

Insgesamt möchte ich meinen Kollegen/Kolleginnen im Wahlvorbereitungsausschuss herzlich danken für die konstruktive Mitarbeit!“

Stv. Kruhmann sagte, dass große Herausforderungen auf unsere Stadt zukommen. Familien verändern sich, was eine Herausforderung für den Wohnungsmarkt darstelle. Auch die Digitalisierung sei zu nennen, in deren Zeit weniger Zeitung gelesen, dafür mehr soziale Medien genutzt werden. Auch seien viele Straßen sanierungsbedürftig und die Fragen stehen im Raum, wie man dafür sorgen könne, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sicher fühlen und wie man die Betreuung der Kinder sicherstelle.

Der neue Erste Stadtrat stehe also vor großen Aufgaben. Dafür brauche man einen Fachmann. Aber eine Ausbildung oder ein Studium gebe es für diese Aufgabe nicht. Es stelle sich die Frage, ob man einen Verwaltungsfachmann brauche, denn das Anforderungsprofil sei ein anderes. Der neue Erste Stadtrat müsse mit den Bürgerinnen und Bürgern und auch den Stadtverordneten kommunizieren, mit Feedback umgehen und mediale Kritik aushalten können. Verwaltungsexperten habe man im Rathaus glücklicherweise viele.

Dafür dankte er an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Man brauche einen Gestaltungsexperten mit einem Ziel, wie sich die Stadt entwickeln soll. Man sei überzeugt, mit Bastian Kempf die richtige Person gefunden zu haben. Als Fraktions- und Ausschussvorsitzender habe er Erfahrung sammeln können und auch der Umgang mit den sozialen Medien sei ihm von Berufs wegen vertraut. Er liebe diese Stadt und habe sich einen guten Ruf erarbeitet.

Deshalb legte er allen Stadtverordneten die Wahl Bastian Kempfs ans Herz.

Er lobte die Entscheidung der SPD, sich bei der Wahl zu enthalten. Man hätte auch den einfachen Weg wählen können und einen eigenen Kandidaten unterstützen oder mit „Nein“ stimmen können. Man erhoffe sich eine konstruktive Zusammenarbeit und wolle in Zukunft gemeinsam den Hauptamtlichen auf die Finger schauen.

Stv. Schäfer begründete das Wahlverhalten der SPD-Fraktion: Es handle sich um eine politische Stellenbesetzung, welche diejenigen entscheiden, die die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung haben. Es war von Beginn an klar, dass Bastian Kempf mit den Stimmen von CDU, UBV und FDP gewählt werden würde. Die SPD wolle das Signal senden, dass man ihm eine Chance geben wolle. Man wolle keine Parteipolitik im Rathaus.

Ehrenstv. Winkenbach sagte, dass man zu Beginn des Verfahrens den Glauben hatte, einen geeigneten Nachfolger zu finden, der sowohl verwaltungs- als auch lebenserfahren und auch erfahren im Umgang mit Menschen sei, der Politikverständnis, Aufgeschlossenheit und einen guten Blick für die Zukunft habe. Am Ende stand aber das Wissen, dass man keinen solchen geeigneten Kandidaten gefunden habe. Man habe mit verschiedenen Kandidaten Kontakt gehabt, aber einer sei aus persönlichen Gründen aus dem Bewerbungsverfahren ausgestiegen, ein weiterer habe nicht restlos überzeugt. Zudem war es unübersehbar, dass es eine frühzeitige Festlegung auf Bastian Kempf gegeben habe. Man habe ein ehrliches Gespräch mit Bastian Kempf geführt, an dessen Ende man das Fazit ziehen müsse, dass es zwar Gemeinsamkeiten gebe, die Vision der Grünen aber nicht geteilt werde, z.B. im Bereich Verkehrswende. Zudem habe er keine Verwaltungs- oder Personalführungserfahrung. Zweieinhalb Jahre als Ausschussvorsitzender reichen auch nicht aus. Deshalb überwog die Skepsis. Die stark vorangetriebene Polarisierung und der Machtanspruch einer Partei habe einiges beschädigt. Dennoch werde man nach dem erwarteten Ergebnis konstruktiv und fachlich mitarbeiten. Er betonte, dass es auch kein leichter Weg sei, mit „Nein“ zu stimmen.

Stv.-Vorsteher Schübeler fragte anschließend, ob aus den Reihen der Stadtverordnetenversammlung weitere Bewerber benannt werden. Dies war nicht der Fall.

10. Wahl des hauptamtlichen Ersten Stadtrats (m/w/d)

Stadtverordneten-Vorsteher Schübeler berief zu seiner Unterstützung einen Wahlvorstand ein. Dieser bestand aus folgenden Personen:

- Norbert Schübeler	Stv.-Vorsteher (CDU)	Wahlleiter
- Dr. Jörn Ritterbusch	Stv. (SPD)	Beisitzer
- Jürgen Gutperle	Ehrenstv. (CDU)	Beisitzer
- Dr. Henrik Stülpner	Stv. (UBV)	Beisitzer
- Manfred Winkenbach	Ehrenstv. (Grüne)	Beisitzer
- Bernhard Kammer	Stv. (FDP)	Beisitzer
- Philipp Haas	Amtmann	Schriftführer
- Andrea Ewert	Amtsärztin	Schriftführerin

Gewählt wurde schriftlich und geheim. (Auf die den Akten beigefügte Wahlniederschrift wird verwiesen.)

Es wurden 42 Stimmen abgegeben.

Die Stimmen verteilten sich wie folgt:

- Bastian Kempf 27 Stimmen
- Mit „Nein“ stimmten 4 Stadtverordnete
- Mit „Stimmenthaltung“ stimmten 11 Stadtverordnete

Demnach wurde Herr Bastian Kempf zum hauptamtlichen Ersten Stadtrat der Stadt Viernheim gewählt.

Auf Nachfrage nahm Herr Kempf die Wahl an.

ENDE DER SITZUNG: 21:45 Uhr

DER STV.-VORSTEHER:

gez.: S c h ü b e l e r

Norbert Schübeler

DER SCHRIFTFÜHRER:

gez.: H a a s

Philipp Haas

F.d.R.d.A.

Amtmann

INHALTSVERZEICHNIS

1. Entwicklung der Beziehungen mit Mlawa/Polen und Abschluss einer offiziellen Städtepartnerschaft
2. Betriebskommission des Forum der Senioren
hier: Neubestimmung eines Mitglieds caritativer Organisationen
3. 24. Änderung FNP / Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ (Parallelverfahren)
 1. Beschluss des Entwurfes zur Änderung des Flächennutzungsplanes
 2. Beteiligungsbeschluss
 3. Sachstand Erarbeitung Bebauungsplanentwurf (Unterrichtung) und Beschlussfassung von Eckpunkten
4. Baulandentwicklung "Viernheim Nordwest II";
Weitere Vorgehensweise
5. Ultramet – Antrag des Netzbetreibers Amprion GmbH für den Abschnitt A – Riedstadt bis Wallstadt nach § 6 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) an die Bundesnetzagentur
Hier: Verkündung der Entscheidung durch die Bundesnetzagentur - Sachstand
6. Jahresrechnung 2017
7. Antrag der UBV-Fraktion:
Überprüfung einer Kameraüberwachung in der Tiefgarage Spitalplatz
8. Antrag der UBV-Fraktion:
Sitz der Stadt Viernheim im Verbandsvorstand des ZAKB
9. Bericht des Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses
10. Wahl des hauptamtlichen Ersten Stadtrats (m/w/d)